

Geschäftsführung:  
Fachbereich 4 Planen und Bauen

## **NIEDERSCHRIFT**

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses der  
Stadt Lüdenscheid**

**am 19.09.2018**

**im Ratssaal**

### **Anwesend:**

#### **Vorsitz:**

Ratsherr Jens Holzrichter FDP

#### **Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:**

Ratsherr Otto Bodenheimer	Bündnis	
90/Die Grünen		
Ratsherr Fabian Ferber	SPD	
Ratsherr Dirk Franke	SPD	
Ratsfrau Dr. Antje Heider	CDU	
Ratsfrau Karin Hertes	SPD	
Ratsfrau Susanne Mewes	CDU	
Ratsherr René Pickard	CDU	bis 19:42 Uhr
Ratsfrau Britta Rogalske	CDU	ab 17:05 Uhr
Ratsherr Bernd Schildknecht	SPD	Vertreter für Ratsherrn Gordan Dudas
Ratsherr Björn Schöttler	CDU	Vertreter für Ratsherrn Michael Meyer; bis 18:55 Uhr
Ratsfrau Nicole Schulte	SPD	Vertreterin für Ratsfrau Sandra Manß
Ratsfrau Elisabeth Siebensohn	CDU	
Ratsfrau Heide-Marie Skorupa	SPD	bis 18:53 Uhr
Ratsherr Michael Thielicke	SPD	
Ratsherr Michael Thomas-Lienkämper	DIE LINKE.	
Herr Horst Eick	SPD	
Herr Dominik Petereit	FDP	

#### **Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:**

Herr Thomas Funk	Fraktionslos	
Herr Klaus-Peter Mattke	Fraktionslos	Vertreter für Herrn Martin Kornau

#### **Verwaltung:**

Beigeordneter Thomas Ruschin  
Herr Martin Bärwolf  
Herr Hans-Jürgen Badziura  
Herr Andreas Beckmann  
Herr Stefan Frenz

Herr Christian Hayer  
Herr Dieter Rotter  
Herr Martin Walter  
Herr Edgar Weinert  
Frau Gudrun Abendroth  
Frau Yvonne Hayer  
Frau Gabriele Krumme  
Herr Holger Moeser

**Schriftführung:**

Frau Birgit Stoltefaut-Voß

**Abwesend:**

**Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:**

Ratsherr Gordan Dudas MdL	SPD
Ratsfrau Sandra Manß	SPD
Ratsherr Michael Meyer	CDU
Herr Richard Oettinghaus Lüdenscheid	Alternative für

**Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:**

Herr Martin Kornau	Fraktionslos
--------------------	--------------

**Beratende Mitglieder Integrationsrat**

Frau Kalliopi Georgiadou Liste der SPD	Internationale
---	----------------

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 20:20 Uhr

**1. Öffentliche Fragestunde**

---

**Entfällt**

**2. Verkehrssituation durch Straßenbaustellen in Lüdenscheid;  
hier: Beantwortung der Anfragen der CDU-Ratsfraktion sowie der Ratsherren Dudas und Oettinghaus in der öffentlichen Sitzung des Rates am 10. September 2018**

---

Vorsitzender Holzrichter begrüßt Frau Nadja Hülsmann, Herrn Carsten Spreemann und Herrn Olaf Bühren vom Landesbetrieb StraßenNRW und bittet um Vortrag.

Frau Hülsmann bedankt sich für die Möglichkeit, die Gesamtsituation der im Stadtgebiet Lüdenscheids durchgeführten und noch durchzuführenden Baumaßnahmen vorzustellen. Dabei handele es sich nicht nur um Baumaßnahmen des Landesbetriebes StraßenNRW, sondern auch um gleichzeitige städtische Baumaßnahmen, die gemeinsam den Verkehrsfluss beeinflussten. Sie führt aus, dass die Herren Spreemann und Bühren für die Straßensanierungen und die Lichtsignalanlagen in Lüdenscheid zuständig seien. Sie selbst sei für die Sanierung des Rathaustunnels verantwortlich.

Herr Spreemann erläutert zunächst die Abläufe der Baumaßnahmen Altenaer Straße und Lennestraße anhand einer Präsentation. Baubeginn sei hier am 16. April 2018 gewesen. Die Baumaßnahme habe in diesem Bereich am 10. September 2018 abgeschlossen werden können.

Herr Bühren führt aus, dass die Baumaßnahme Altenaer Straße/Bahnhofstraße am 17. Juli 2018 begonnen worden sei. Mit einer Fertigstellung sei voraussichtlich Mitte Oktober zu rechnen. Hier habe sich die Bauzeit verlängert, weil gleichzeitig ein blindengerechter Ausbau vorgenommen worden sei, um ein erneutes Aufreißen des dann neuen Straßenbelages zu verhindern. Es müsse bedacht werden, dass hier für den Straßenbau und für die Lichtsignalanlagen zwei verschiedene Firmen zuständig seien. Insgesamt seien 44 Lichtsignalanlagen zu erneuern, da deren Durchschnittsalter 27 Jahre betrage und diese mit der neuen Technik nicht mehr betrieben werden könnten. Der Austausch erfolge in zwei Schritten. Bei der Erstellung der Fundamente für die Lichtsignalmasten seien immer wieder unvorhersehbare Dinge zu überwinden, da die Fundamente 60 cm tief und in der Fläche 1,0 m x 1,0 m groß sein müssten. Hier seien schon mehrfach bei den Ausschachtungen Versorgungsleitungen freigelegt worden, die dann zunächst hätten verlegt werden müssen.

Frau Hülsmann stellt zunächst den derzeitigen Zustand des Rathaustunnels vor. Sie betont, dass die gesamte Bausubstanz sehr geschwächt sei. Beispielsweise sei eine Entwässerung in der südlichen Tunnelröhre gar nicht vorhanden. Lediglich die nördliche Tunnelröhre werde entwässert. Für den gesamten Rathaustunnel sei der Instandsetzungsbedarf sehr hoch. Er betreffe die Bausubstanz des Tunnels und der Portale, die Entwässerung, die Notgehwege, den Brandschutz und die betriebstechnische Ausstattung. Derzeit werde der Ist-Zustand aufgenommen, wodurch nicht ständig arbeitende Mitarbeiter dort zu sehen seien. Es müsse zunächst eine zusätzliche Beleuchtung aufgestellt werden, um anschließend die entsprechende Materialbestellung vornehmen zu können. Für die Gesamtsanierungsmaßnahme des Rathaustunnels seien drei Bauabschnitte vorgesehen: 1. Instandsetzung der südlichen Tunnelröhre samt Verschließung des Zugangs zum Postbunker, der nach Rücksprache mit der Post nicht mehr benötigt werde, 2. Instandsetzung der nördlichen Tunnelröhre und 3. Instandsetzung der Portale samt der Portalvorfelder. Die Kosten für diese Baumaßnahme beliefen sich auf ca. 12,7 Mio. €. Insgesamt würden in 2018 in Lüdenscheid ca. 25 Mio. € in den Straßenbau investiert.

Herr Bühren stellt die aktuelle Verkehrsführung im Überblick vor, die durch die Tunnelsanierung erforderlich geworden sei. Die Einrichtung der Weststraße als Einbahnstraße stadteinwärts sei in Abstimmung mit Polizei, Feuerwehr und MVG notwendig, um eine separate Busspur einrichten zu können. Somit könne gewährleistet werden, dass die Busse ihre Fahrpläne einhalten könnten. Die Busspur diene ebenfalls als Vorrangspur für die Rettungsdienste. Aufgrund der starken verkehrlichen Belastung des Ostportals werde seitens des Landesbetriebes StraßenNRW zeitnah eine provisorische, transportable Lichtsignalanlage mit 20 programmierbaren Signalgruppen im Bereich der Christuskirche aufgestellt. Der Landesbetrieb StraßenNRW investiere hier zusätzlich 30.000,00 € für die Aufstellung dieser Lichtsignalanlage zuzüglich monatlicher Kosten in Höhe von 6.000,00 €. Hiermit solle der Verkehrsfluss insbesondere in diesem Bereich normalisiert werden. Die chaotischen Verhältnisse für Verkehrsteilnehmer, die das Parkhaus des SternCenters als Ziel hätten, seien zwischenzeitlich reduziert. Hinweise auf das Ziel SternCenter seien frühzeitig und gezielt bereits im Bereich „Schafsbrücke“ und in der „Heedfelder Straße“ vorhanden. Die Aufstellung der Hinweisbeschilderungen sei immer sowohl mit der Stadt Lüdenscheid als auch mit der Polizei abgestimmt worden. Es werde zudem geprüft, ob ggf. weitere Hinweisschilder sinnvoll seien.

Frau Hülsmann bedankt sich ausdrücklich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt Lüdenscheid für die zügige und immer lösungsorientierte Zusammenarbeit.

Vorsitzender Holzrichter dankt persönlich den Herren Rotter und Hayer für ihr Engagement.

Ratsherr Oettinghaus führt seine bereits in der Ratssitzung am 10. September 2018 gestellte Anfrage erneut aus. Herr Rotter antwortet, dass in der Brüderstraße und der Elsa-Brändström-Straße Baumaßnahmen des Stadtentwässerungsbetriebes Lüdenscheid (SEL) und des Landesbetriebes StraßenNRW hätten auf einander abgestimmt werden müssen. Deshalb hätten die Baumaßnahmen auf den Gemeindestraßen erst nach Fertigstellung der Baumaßnahmen in der Lennestraße erfolgen können, um eine Umleitung der Verkehrsführung zu ermöglichen. Herr Spreemann führt weiter aus, dass sich die Baumaßnahme in der oberen Lennestraße verzögert habe, da kein Mischgut zu bekommen war. Seitens des Landesbetriebes StraßenNRW sei hierauf direkt mit der Verteilung von Handzetteln an die Anwohner reagiert worden. Alles sei in Absprache mit der Stadt Lüdenscheid und dann auch planmäßig abgewickelt worden. Im letzten Bauabschnitt habe es dann keinerlei Verzögerungen mehr gegeben. Herr Bühren ergänzt, dass die frühzeitige formale Informationsveranstaltung zur Baumaßnahme in der Lennestraße lediglich von einer Anwohnerin und der örtlichen Presse besucht worden sei. Die anliegenden Gewerbetreibenden habe er vorab und bei Veränderungen im Ablauf besucht und persönlich informiert.

Ratsherr Ferber regt an, seitens des Landesbetriebes StraßenNRW eine intensivere Nutzung der sozialen Medien für Mitteilungen vorzunehmen. Hierdurch hätten ggf. die Stauungen reduziert werden können. Darüber hinaus seien s.E. die Standorte der Hinweisschilder auf die Baustellen und deren Umleitungsmöglichkeiten zum Teil unglücklich gewählt und sollten doch noch einmal überdacht werden.

Herr Bühren antwortet, dass die massiven Staus auf der Knapper Straße der notwendigen Umleitung durch die Tunnelsperrung und der Einbahnstraßeneinrichtung in der Weststraße geschuldet seien. Dabei zeige die Erfahrung, dass die Verkehrsteilnehmer ihre Ziele in der Innenstadt in der Regel über gewohnte Strecken zu erreichen versuchten. Die frühzeitig zu findenden Hinweisschilder würden dabei oftmals nicht wahrgenommen. Ein anfängliches Verkehrschaos reguliere sich nahezu immer in kurzer Zeit. Auch für diese Baustellen seien die Medien vor Ort frühzeitig informiert worden. Sowohl in der lokalen Presse als auch im Internet und auf der Homepage der Stadt Lüdenscheid seien diese Informationen bekanntgegeben worden.

Herr Spreemann bedankt sich für die Anregung, soziale Medien künftig intensiver in den Informationsprozess einzubinden. Er stellt nochmals klar, dass der Rathaustunnel keine sogenannte „Schlafbaustelle“ sei. Hier seien zunächst die Ist-Zustände vor Ort aufzunehmen, um dann die weitere Planung im Büro vornehmen zu können. Die Verzögerungen in der Bahnhofstraße seien beispielsweise durch die notwendige Umschaltung einer freigelegten 10KV-Leitung durch die Stadtwerke entstanden. Bei Freilegung derartiger Leitungen sei es verboten, weiter zu arbeiten. Die vorliegenden Pläne hätten eine derartige Leitung in so geringer Tiefe nicht vermuten lassen. Er bedankt sich ebenfalls für die Anmerkung, dass die aufgestellten Hinweisschilder für den Durchgangs- und Pendlerverkehr in Teilen zu wenig aussagekräftig seien.

Vorsitzender Holzrichter bedankt sich für die ausführlichen Ausführungen. Er lobt die Lösung für die zahlreichen Beschwerden zur Bahnhofstraße mit der mobilen Lichtsignalanlage im Bereich der Christuskirche. Insgesamt sei versucht worden, die Baumaßnahmen möglichst schonend für die Stadt und die Bevölkerung einzurichten und durchzuführen.

Herr Bärwolf lobt die Zusammenarbeit mit dem Landesbetrieb StraßenNRW. Es sei trotz der geschilderten Probleme und der großen Komplexität der Baumaßnahmen im Stadtgebiet gelungen, den Verkehrsfluss zu erhalten. Wie eine Verbesserung der gemeinsamen Kommunikation und Information der Betroffenen erfolgen könne, sollte abschließend besprochen werden. Dass insbesondere der Einzelhandel unter Straßenbaumaßnahmen leide, sei be-

kannt und es sollte weiter versucht werden, den Schaden hier so gering wie möglich zu halten. Gespräche mit den Betroffenen könnten hier Klarheit schaffen.

Auf Nachfrage von Frau Dr. Heider erläutert Herr Bühren, dass die Straßenbaulast mit einem sehr desolaten Zustand der Altenaer Straße und der Lennestraße übernommen worden sei. Die Lösenbacher Landstraße, die Heedfelder Straße und auch die Kölner Straße hätten sehr schnell hergerichtet werden müssen. In der Altenaer Straße seien die Lichtsignalanlagen zu erneuern, damit eine sog. „grüne Welle“ im Schadenfall im Rathaustunnel gewährleistet werden könne. Hierfür müssten entsprechende Leerrohre im Zuge der Straßenbaumaßnahme verlegt werden. Diese neue Technik sei mit dem Bestand nicht leistbar, so dass die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer im Schadenfall nicht gegeben sei.

Herr Rotter ergänzt, dass die Abstimmungsgespräche für die Baumaßnahmen bereits Ende 2017 geführt worden seien. Danach seien alle Maßnahmen aufeinander abgestimmt gewesen. Dass Verzögerungen durch einen Engpass im Bereich des Mischgutes aufgetreten wären, sei nicht zu erwarten gewesen und habe deshalb auch nicht berücksichtigt werden können.

Herr Spreemann führt aus, dass nun der dritte Bauabschnitt im Bereich um den Rathaustunnel durchgeführt werde. Dieser werde planmäßig spätestens Ende Oktober fertiggestellt werden können. Danach folge der vierte Bauabschnitt der den Bereich vor dem Tunnelportal Richtung Kölner Straße betreffe.

Ratsfrau Mewes bittet, den letzten Punkt der schriftlichen Anfrage der CDU-Ratsfraktion bezüglich der Einrichtung eines Park+Ride-Platzes noch zu beantworten.

Herr Hayer antwortet, dass der Ablauf gemäß den erfolgten Ausführungen so nicht geplant gewesen sei. Wenn diese widrigen Abläufe hätten geahnt werden könne, dann hätte mit entsprechendem Vorlauf eine Park+Ride-Möglichkeit geplant und auch umgesetzt werden können.

Ratsfrau Mewes bedankt sich für die Antwort.

Vorsitzender Holzrichter bedankt sich für die Erläuterungen und verabschiedet Frau Hülsmann, Herrn Spreemann und Herrn Bühren vom Landesbetrieb StraßenNRW.

### **3. Bremecker Hammer: Durchführung der Sicherungsmaßnahmen / Finanzierung der Gesamtmaßnahme / Förderoptionen** **Vorlage: 210/2018**

---

Ratsherr Bodenheimer führt aus, dass die beschriebene Stützmaßnahme noch vor Einbruch des Winters ausgeführt werden müsste. Er fragt an, ob hierfür bereits eine Firma feststehe, die diese Arbeiten noch fristgerecht erledigen könne.

Herr Frenz führt aus, dass die hierfür im Haushalt eingestellten Mittel gesperrt seien und deshalb zunächst eine Freigabe durch Empfehlungen des Bau- und Verkehrsausschusses sowie des Kulturausschusses an den Rat der Stadt Lüdenscheid zur Beschlussfassung erfolgen müsse. Er teilt mit, dass er zwischenzeitlich ein Gespräch beim Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung in Düsseldorf geführt habe, um zu klären, ob die Maßnahmen für den Bremecker Hammer förderfähig seien. Seit Ende Juli 2018 sei seitens der Landesregierung ein Förderprogramm zum Thema „Heimat“ aufgelegt worden, das für

die Maßnahmen genutzt werden könne. Eine Antragsstellung müsse nun schnellstmöglich erfolgen. Hierfür sei es erforderlich, transparente, differenzierte und belastbare Daten zusammenzustellen. Darüber hinaus werde eine Entwurfsplanung zur Antragsstellung benötigt.

Die Verwaltung habe bereits parallel mithilfe einer Dringlichkeitsentscheidung die Freigabe der Gesamtsumme der eingestellten Haushaltsmittel eingeleitet. Mit Einverständniserklärung der Ausschussmitglieder des Bau- und Verkehrsausschusses für ein sofortiges Handeln werde die Verwaltung mit diesen beiden Entscheidungen umgehend den Antrag auf Freigabe der gesamten Haushaltsmittel bei der Kämmerei beantragen.

Herr Frenz betont, dass die Zentrale Gebäudewirtschaft in den Entscheidungs- und Umsetzungsprozess eng eingebunden sei. Aufgrund der vorliegenden Dringlichkeitsentscheidung müsse in der Sitzung des Rates am 08.10.2018 lediglich deren Genehmigung erfolgen. Um die verpflichtende Drittmittelfinanzierung zu gewährleisten, sei die Beauftragung für die Erstellung einer Entwurfsplanung erforderlich. Diese werde umgehend nach Freigabe der Haushaltsmittel in die Wege geleitet.

Die Ausschussmitglieder empfehlen dem Rat der Stadt Lüdenscheid einstimmig folgenden

#### **Beschluss:**

1. Der Rat beschließt die Aufhebung der Sperre im Haushalt 2018 im Produkt 04.05.03, Sachkonto 5215405 (Sanierung Bremecker Hammer – 100.000 €).
2. Die Verwaltung wird beauftragt, nach Aufhebung der Sperre alle notwendigen Schritte einzuleiten, damit die Sicherungsmaßnahme gem. Kostenschätzung des Ing.-Büros Lindschulte, Münster, vom 14.02.2018 durchgeführt werden kann.
3. Unabhängig von Punkt 1. und 2. setzt die Verwaltung ihre Bemühungen fort, eine auskömmliche, d. h. mind. 70 %-ige Finanzierung der Gesamtanierung durch Drittmittel sicherzustellen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	18
Nein-Stimmen:	./.
Enthaltungen:	./.

#### **4. Ersatzbenennung von Mitgliedern der Tarifkommission zur Parkgebührengestaltung Vorlage: 189/2018**

---

Ohne Diskussion fassen die Ausschussmitglieder einstimmig folgenden

#### **Beschluss:**

Der Bau- und Verkehrsausschuss entsendet als Ersatz für die verstorbenen Kommissionsmitglieder, Ratsherrn Hansjürgen Wakup und Herrn Gesa Lang (Vertretendes Mitglied), folgende Ausschussmitglieder in die Tarifkommission zur Abgabe von Empfehlungen für die Parkgebührengestaltung:

	<b>Mitglied der Kommission</b>	<b>Vertretendes Mitglied</b>
1.	Ratsfrau Karin Hertes (SPD)	Ratsherr Jens Voß (SPD)
2.	Ratsfrau Susanne Mewes (CDU) <b>NEU</b>	Ratsfrau Britta Rogalske (CDU)
3.	Ratsherr Jens Holzrichter (FDP)	Ratsherr Jürgen Appelt (Bündnis 90/Die Grünen) <b>NEU</b>

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 18  
 Nein-Stimmen: ./.  
 Enthaltungen: ./.

## **5. Abschluss einer Konsensvereinbarung mit dem Flächenpool NRW Vorlage: 187/2018**

---

Vorsitzender Holzrichter begrüßt Frau Milicevic und Herrn Stangier vom Flächenpool NRW und bittet um Vortrag.

Herr Stangier erläutert zunächst, dass er zusammen mit Frau Milicevic und Frau Eickelkamp im Flächenpool NRW für Lüdenscheid zuständig sei. Der Flächenpool NRW sei durch einen Zusammenschluss von NRW Urban und der Bahnentwicklungsgesellschaft entstanden und habe zum Ziel, in den jeweiligen Städten konkrete Flächen auf ihre Bebaubarkeit hin zu untersuchen und diese zu ermöglichen. Bereits im Jahr 2009 sei ein Pilotprojekt zusammen mit der Stadt Lüdenscheid durchgeführt worden. Seit 2014 arbeite der Flächenpool NRW im Regelbetrieb. Mittlerweile seien sechzig Kommunen in NRW zu betreuen. Herr Stangier erläutert anhand einer Präsentation, was in den nächsten Monaten für Lüdenscheid geplant sei. Er führt aus, dass die Obergrenze von 10 Standorten für die Stadt Lüdenscheid durch Genehmigung des Ministeriums auf 16 Standorte erhöht werden konnte. Somit werde Lüdenscheid als Sonderfall geführt. Alle 16 benannten Standorte seien gleichwertig und würden entsprechend behandelt. Es sei vorgesehen, Workshops und Jour fixe mit dem Ziel eines intensiven Dialogs und entsprechenden Abstimmungen durchzuführen. Auch hierfür sei es erforderlich eine vertragliche Bindung einzugehen, die mit Abschluss der Konsensvereinbarung erfolge. Hierin seien wie im Pilotprojekt 2009 beiderseitige Rechte und Pflichten geregelt. Die Maßnahme werde vom Land NRW gefördert. Die Stadt Lüdenscheid trage lediglich Kosten in Höhe von 24.250,00 € netto. Die Vereinbarung sei ab Unterzeichnung der Vertragspartner aktiv, so dass der erste Workshop für den 31. Oktober 2018 geplant sei. Als Gesamtbearbeitungszeit werde derzeit ein Zeitraum von 15 Monaten gesehen.

Vorsitzender Holzrichter bedankt sich bei Herrn Stangier für die Ausführungen.

Ohne Diskussion empfehlen die Ausschussmitglieder dem Rat der Stadt Lüdenscheid einstimmig folgenden

### **Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, die der Anlage zur Beschlussvorlage beigefügte Konsensvereinbarung mit dem Flächenpool NRW abzuschließen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	18
Nein-Stimmen:	./.
Enthaltungen:	./.

---

## **6. Berichtswesen, hier: Mündliche Berichte**

---

### **6.1. Linienkonzept für einen City-Bus in Lüdenscheid**

---

Vorsitzender Holzrichter bittet Herrn Hayer um Vortrag.

Herr Hayer führt aus, dass die Fraktion Bündnis '90/Die Grünen angeregt habe, insbesondere die Alt- und Oberstadt zu beleben und möglichst barrierearm mit einem Bus erreichbar zu gestalten. Hierdurch solle erreicht werden, dass auch in ihrer Mobilität eingeschränkte Menschen diese Bereiche in der Stadt nutzen können. Im Rahmen des Integrierten Handlungskonzeptes Altstadt (IHK Altstadt) sei diese Idee zur Belebung und Attraktivierung der Alt- und Oberstadt als integriertem Standort aufgegriffen und untersucht worden. Da die Stadt Kleve ein vergleichbares Bussystem unterhalte, sei Anfang 2018 eine Exkursion dorthin durchgeführt worden. Hier werde die Innenstadt mit einem Niederflurbus erschlossen. Im Nachgang habe das Ingenieurbüro Lindschulte und Koppel die Rahmenbedingungen geprüft. Der Einsatz dreier verschiedener Niederflurbusse mit zwei Türen und entsprechenden Rampen für einen barrierearmen Ein- und Ausstieg sei in Lüdenscheid denkbar. Eine Prüfung der Verträglichkeit von Bus- und Fußgängerverkehr bzw. der Beeinflussung des Verkehrsablaufs im Fußgängerverkehr durch den Busverkehr liege in allen Bereichen in Qualitätsstufe C bis D. Das sei auf einer Skala von A – F im schlechtesten Fall maximal ein „ausreichend“. Lediglich in den Bereichen mit Außengastronomie müsse mit einer schlechteren Qualitätsstufe gerechnet werden, da hier kein Begegnungsverkehr möglich sei und es in diesen Abschnitten zu kurzen Staus kommen werde. Zur Festlegung einer Linienführung einer Citybuslinie für Lüdenscheid seien zunächst 1. Altstadt/Oberstadt, 2. Viertel „Loher Wäldchen“, 3. Hasley 1, 4. Hasley 2, 5. Weststraße, 6. Bahnhof Lüdenscheid, 7. ZOB Sauerfeld, 8. Knapper Straße und 9. Sternplatz/Rathausplatz als wichtige Ziele benannt worden. Eine Einbindung aller 9 Ziele sei jedoch für eine Linienführung mit einem 20-Minuten-Takt nicht realisierbar. Daher werde eine City-Ring-Führung empfohlen, die die Ziele 1. Altstadt/Oberstadt, 2. Viertel „Loher Wäldchen“, 7. ZOB Sauerfeld, 5. Weststraße, 8. Knapper Straße und 9. Sternplatz/Rathausplatz verbinde. Dieser Linienverlauf habe eine Länge von 2,8 km und die Fahrzeit betrage etwa 15 Minuten. Die Fahrten seien im 20-Minuten-Takt mit einer Betriebszeit montags bis samstags von 08.00 Uhr bis 20.00 Uhr möglich. Die Haltestellen würden lediglich eine einfache zweckmäßige Ausstattung, d.h. mit Fahrplan, Umgebungsplan und Müll-



eimer und keine bauliche Ausgestaltung wie einen Bussteig oder ein Wartehäuschen erhalten. Darüber hinaus seien die Haltestellen nicht barrierefrei und könnten ggf. einen Witterungsschutz mit wenigen Sitzplätzen erhalten. Gespräche mit dem Märkischen Kreis und der Märkischen Verkehrsgesellschaft (MVG) würden bereits geführt. Die jährlichen Kosten beliefen sich auf ca. 100.000,00 € bis 150.000,00 € zuzüglich der entsprechenden Fahrzeuge. Die Finanzierung sei jedoch noch nicht gesichert.

Vorsitzender Holzrichter bittet die Verwaltung, die Anregung des Rats Herrn Ferber, den Bahnhof Lüdenscheid in die City-Ring-Führung einzubinden, noch einmal zu prüfen. Er bedankt sich bei Herrn Hayer für die ausführliche Darstellung. Die vorgestellte Präsentation bittet er, den Fraktionen als Diskussionsgrundlage zur Verfügung zu stellen.

## **6.2. Parkraumerhebung im Rahmen des Integrierten Handlungskonzeptes Altstadt (IHK Altstadt)**

---

Herr Hayer führt aus, dass eine Parkraumerhebung im Rahmen des Integrierten Handlungskonzeptes Altstadt (IHK Altstadt) am 16. Mai 2018 in der Zeit von 06:00 Uhr bis 20:00 Uhr durchgeführt worden sei. Es seien sowohl die Parkieranlagen als auch die straßenbegleitenden Parkstände berücksichtigt worden. Im Ergebnis sei festzuhalten, dass die straßenbegleitenden Parkstände um 06:00 Uhr noch als entspannt eingestuft werden könnten. Eine Anspannung entwickle sich jedoch recht schnell und bleibe auch in den Abendstunden erhalten. In der Parkpalette Corneliusstraße sei die Ebene 1 mit Bewohnerparken belegt, die Ebene 2 sei dauervermietet. Somit seien hier keine besonderen Spitzenzeiten festzustellen. Lediglich die Ebene 3 werde mit Parkschein genutzt. Hier entwickle sich eine Spitzenzeit morgens gegen 10:00 Uhr, die dann bis in den frühen Nachmittag noch einmal abfalle. Bis ca. 16:00 Uhr steige der Parkdruck erneut an und halte sich bis in die Abendstunden. Die Parkpalette Turmstraße entwickle den größten Parkdruck in der Mittagszeit, der dann noch einmal kurz abfalle und bis in die Abendstunden wieder ansteige. Im Parkhaus des Kulturhauses gab es am Erfassungstag lediglich eine Spitze in der Mittagszeit, die in die Abendstunden wieder abgefallen gewesen sei. Es habe demnach offensichtlich an diesem Tag keine Veranstaltung im Kulturhaus gegeben. Die Parkplätze an den Staberger Gymnasien wiesen morgens eine besonders hohe Auslastung auf, was auf einen Zusammenhang mit dem Schulbetrieb schließen lasse. Der Parkplatz am Hanns-Martin-Schleyer-Haus sei gegen 11:00 Uhr besonders hoch ausgelastet, den restlichen Tag dagegen gering. Der Parkplatz auf dem Oberstadttunnel sei hingegen ganztägig hoch ausgelastet. Eine abschließende Aussage des Gutachters zu den Erhebungen stehe derzeit noch aus.

Vorsitzender Holzrichter bedankt sich für die Ausführungen. Die Ausschussmitglieder stimmen einer weiteren Befassung mit der Thematik einstimmig zu.

## **7. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen**

---

### **7.1. Bekanntgaben**

---

### **7.1.1. Sachstand zum "Feldversuch Hochstraße"**

---

Vorsitzender Holzrichter begrüßt die Herren Seltmann und Sommerfeld und bittet um Vortrag.

Herr Sommerfeld bedankt sich für die Möglichkeit, die Erfahrungen mit dem „Feldversuch Hochstraße“ persönlich vorstellen zu können. Er führt aus, dass das Konzept die Attraktivität der Oberstadt steigern und die Gastronomie der Oberstadt beleben sollte. Im Vorfeld habe der Verein Onkel Willi & Söhne bereits viel Zeit in die Entwicklung des Konzepts und die Abstimmung mit der Stadt Lüdenscheid gesteckt. Die Zusammenarbeit mit der Stadt Lüdenscheid sei hervorragend und immer lösungsorientiert gewesen. Weiter beschreibt er, dass dennoch wenige Personen mit Widerstand gegen die Umsetzung des Konzeptes reagiert hätten. Auch aufgrund der hieraus entstandenen Anfeindungen, bösen Briefen und unwahren Behauptungen müsse der Versuch leider als gescheitert abgebrochen werden. Auf Nachfrage von Ratsherrn Ferber führt er weiter aus, dass insbesondere auswärtige Gäste sehr positive Rückmeldungen gegeben hätten. Auch deshalb werde der Verein Onkel Willi & Söhne sein Engagement, mehr Möglichkeiten für Gastronomen zu schaffen und damit das Leben in der Stadt besser und unterhaltsamer zu machen, keinesfalls einstellen. Vielleicht sei es möglich, die Rahmenbedingungen in Abstimmung mit der Stadtverwaltung noch einmal anders zu gestalten.

Vorsitzender Holzrichter bedankt sich für die Ausführungen und den Einsatz des Vereins Onkel Willi & Söhne für die Erarbeitung und Umsetzung des Feldversuches für die Hochstraße. Er schließt sich dem Lob für das Engagement der Stadtverwaltung an.

### **7.1.2. Verkehrliche Erschließung des zukünftigen Musikschulgrundstücks von der Hochstraße aus**

---

Herr Hayer stellt anhand eines Luftbildes die vorgesehene Erschließungssituation des heutigen Parkplatzes neben dem Geschwister-Scholl-Gymnasium vor. Er führt aus, dass eine Erschließung des künftigen Musikschulgrundstücks über die heutige Erschließung des Parkplatzes nicht möglich sei. Es müsse eine neue Erschließung über die Hochstraße eingerichtet werden. Diese sei nur im Bereich der heutigen Bushaltestelle einzurichten, so dass hier eine Verlegung vor das Gebäude des Geschwister-Scholl-Gymnasiums erforderlich werde. Die Verlegung der Bushaltestelle ermögliche im Bereich der neuen Erschließung des Musikschulgrundstücks die Errichtung einer Hol- und Bring-Zone. Ein entsprechender Planungsauftrag solle nun an ein Verkehrsplanungsbüro vergeben werden.

Die Ausschussmitglieder nehmen zustimmend Kenntnis.

### **7.1.3. Sachstandsbericht "Brückenneubauten in Lüdenscheid"; hier: Brücke Kattendiek, Brücke Schiefe Ahelle, Versebrücke (Nähe Bremcker Hammer), Volmesteg und Brücke Wigginghauser Straße**

---

Vorsitzender Holzrichter begrüßt Frau Hayer und bittet um Vortrag.

Frau Hayer führt aus, dass sie heute die Sachstände der geplanten Brückenneubauten im Stadtgebiet Lüdensheids vorstelle. Beschlüsse seien nicht zu fassen, da es sich jeweils um Baumaßnahmen für das Jahr 2019 handele. Anhand einer Präsentation erläutere sie die jeweiligen Schäden an den Brückenbauwerken, den Planungsstand, die jeweils vorgesehene

Zeitplanung und die voraussichtlichen Kosten. Die Brücke Kattendiek sei aus Sicherheitsgründen bereits seit April 2018 für Fußgänger gesperrt. Aufgrund der massiven Schäden sei ein Neubau erforderlich. Die Brücke Schiefe Ahelle sei nur noch für Fahrzeuge bis 3 t zulässigem Gesamtgewicht befahrbar. Da eine Sanierung unwirtschaftlich sei, müsse hier ebenfalls neu gebaut werden, um eine dauerhafte Erschließung des Wohngebietes zu sichern. Die Versebrücke nahe des Bremecker Hammers sei insbesondere im Bereich der Schutzzeirichtungen stark beschädigt. Ein Neubau sei hier wirtschaftlicher als die Instandsetzung. Beim Volmesteg habe eine Bauwerksprüfung ergeben, dass die freiliegenden und stark korrodierten Bewehrungen die Verkehrssicherheit nicht mehr gewährleisten. Daher sei der Volmesteg bereits seit Mai 2018 gesperrt. Als Ausführung für den Neubau sei ein barrierefreier Ausbau, eine Prüfung der Verbreiterungsmöglichkeit und die Freigabe für den Radverkehr vorgesehen. Die Wiggighauser Brücke weise Risse im gesamten Brückenbauwerk inklusive der Widerlager mit Wasserschäden auf, so dass die Bewehrungen frei lägen und bereits korrodiert seien. Ein Neubau sei erforderlich, um eine Sperrung der Brücke zu verhindern. Die neue Brücke werde verbreitert, um Begegnungsverkehr zu ermöglichen und einen Gehweg bauen zu können. Die jeweils notwendigen Haushaltsmittel seien für das Haushaltsjahr 2019 eingestellt. Sämtliche Brücken würden im Jahr 2019 fertiggestellt.

Die Ausschussmitglieder nehmen Kenntnis.

#### **7.1.4. Sachstandsbericht "Beleuchtung Sternplatz"**

---

Frau Hayer führt aus, dass seit einiger Zeit die Beleuchtung des Sternplatzes nicht mehr der im Rahmen der Umgestaltung von Rathaus- und Sternplatz beschlossenen Lichtplanung entspreche. Ursache hierfür sei, dass das Gebäude Wilhelmstraße 1 eine neue Dachdämmung erhalten habe, die die Last der Leuchten nicht mehr trage. Die Leuchten mussten daher entfernt werden. Die Strahler, die den Brunnen in Szene setzen, blieben erhalten. Für die Beleuchtung des Sternplatzes müsse nun ein neues Lichtkonzept erstellt werden. Es sei vorgesehen, einen Lichtplaner zu beauftragen, ein neues Lichtkonzept ggf. unter Einbeziehung des ehemaligen SinnLeffers-Gebäudes oder des Gebäudes Altenaer Straße 1 zu erarbeiten.

Die Ausschussmitglieder nehmen Kenntnis.

#### **7.1.5. Sachstandsbericht "Baumaßnahme Am Kamp"**

---

Frau Hayer führt aus, dass es aufgrund der Straßenbaumaßnahme in der Straße „Am Kamp“ zahlreiche Anliegerbeschwerden gegeben habe. Sie erklärt, dass im Jahr 2017 Baumaßnahmen der Versorger durchgeführt worden seien. Erst ab 2018 seien ab der Wendeplatte die Straßenbaumaßnahmen durchgeführt worden. Die gesamte Straßenbaumaßnahme werde inklusive der Brückenbauten bis Ende 2019 abgeschlossen sein.

Vorsitzender Holzrichter bedankt sich für die Ausführungen. Er verabschiedet Frau Hayer in die anstehende Elternzeit und wünscht ihr alles Gute.

### **7.1.6. Verkehrsberuhigter Bereich "Wacholderstück"**

---

Herr Hayer führt aus, dass in der Straße „Wacholderstück“ aufgrund der zahlreichen Mietwohnungen starker Parkdruck bestehe. Um diesem entgegenzuwirken habe die Wohnungsgesellschaft auf der Straßenseite des Spielplatzes Stellplätze auf eigenem Grundstück errichtet. Diese seien quer zur Fahrbahn angeordnet und mittlerweile komplett vermietet. Um in diesen Bereichen eine zumindest kurzzeitige Haltemöglichkeit für die Bewohner der gegenüberliegenden Häuser zulassen zu können, werde die Wohnungsgesellschaft nun die vorhandenen Stellplätze schräg anordnen. Damit benötigten die Kraftfahrzeuge hier nicht mehr die komplette Fahrbahn, um ein- und ausparken zu können. Danach könne hier ein verkehrsberuhigter Bereich eingerichtet werden. Vom Straßenanfang bis ca. zum Spielplatz solle dann eine Pflasterung möglichst auf der gesamten Straßenbreite vorgenommen werden. Eventuell sei der Einbau von Berliner Kissen etwa in Höhe des Spielplatzes erforderlich.

Die Ausschussmitglieder nehmen Kenntnis.

### **7.1.7. Haltestelle "Abzweig Rosmart"**

---

Herr Hayer führt aus, dass seitens der Anlieger des Gewerbeparks Rosmart der Wunsch geäußert worden sei, eine bessere Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr zu erhalten. Es sei vorgeschlagen worden, jeweils vor dem Kreisverkehr eine Bushaltestelle für die Schnellbuslinie S2, die Linie 43 und die Schulbuslinie 243 einzurichten. Nach Rücksprache mit der Märkischen Verkehrsgesellschaft (MVG) seien nun in beide Fahrtrichtungen Haltestellen „Abzweig Rosmart“ eingerichtet worden. Es handele sich zunächst um einen Versuch für die Dauer eines Jahres.

Die Ausschussmitglieder nehmen Kenntnis.

### **7.1.8. Verkehrssituation "Im Stoberg"**

---

Herr Hayer führt aus, dass die Markierungen und Beschilderung „Achtung Fußgänger“ zur Sicherung des Fußgängerverkehrs in der Straße „Im Stoberg“ vorgenommen worden seien. Der Streifen vor den Häusern der Wohnungsgesellschaft werde sehr stark beparkt. Die Wohnungsgesellschaft habe zugesagt, zusätzlich auf eigenem Grundstück an der Straße Stellplätze zu errichten.

### **7.1.9. Internationaler Radverkehrsworkshop von Frau Prof. Dr. Hartz - Hochschule Münster - vom 29.10.2018 - 31.10.2018 in Lüdenscheid**

---

Herr Hayer führt aus, dass Frau Prof. Dr.-Ing. Birgit Hartz von der Hochschule Münster im Rahmen einer Masterprojektarbeit zusammen mit den Hochschulen Hildesheim, Den Haag und Utrecht einen Internationalen Radverkehrsworkshop in Lüdenscheid anbiete. Die Studierenden der Fachbereiche Bauingenieurwesen und Städtebau seien vom 28. Oktober bis 31. Oktober 2018 in Lüdenscheid und bearbeiteten vom Fachdienst Verkehrsplanung und –lenkung zur Verfügung gestellte Aufgabenstellungen. Die Abschlusspräsentation finde am

Mittwochnachmittag, den 31. Oktober 2018, im Ratssaal statt. Herr Hayer lädt die Ausschussmitglieder bereits jetzt ein, an dieser Abschlussveranstaltung teilzunehmen. Eine schriftliche Einladung folge.

## **7.2. Beantwortung von Anfragen**

---

### **7.2.1. Anfrage der Ratsfrau Hertes in der öffentlichen Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses am 20.06.2018 zum Thema "Sichtverbesserung im Bereich Danziger Weg - Honselers Bruch"**

---

Vorsitzender Holzrichter stellt fest, dass die Beantwortung seitens des Fachdienstes Verkehrsplanung und –lenkung schriftlich vorliege und Ratsfrau Hertes bereits ausgehändigt worden sei. Er fragt, ob ein Vortrag seitens der Verwaltung erfolgen solle.

Ratsfrau Hertes verzichtet auf Vortrag und bedankt sich für die Antwort.

Vorsitzender Holzrichter bittet, die Beantwortung als **Anlage** zur Niederschrift zu nehmen.

### **7.2.2. Anfrage der Ratsfrau Hertes in der öffentlichen Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses am 20.06.2018 zum Thema "Parksituation Am Südhang"**

---

Vorsitzender Holzrichter stellt fest, dass die Beantwortung seitens des Fachdienstes Verkehrsplanung und –lenkung schriftlich vorliege und Ratsfrau Hertes bereits ausgehändigt worden sei. Er fragt, ob ein Vortrag seitens der Verwaltung erfolgen solle.

Ratsfrau Hertes verzichtet auf Vortrag und bedankt sich für die Antwort.

Vorsitzender Holzrichter bittet, die Beantwortung als **Anlage** zur Niederschrift zu nehmen.

## **7.3. Anfragen**

---

### **7.3.1. Anfrage des Rats Herrn Franke zum Thema "Installation eines Ortsschildes Vogelberg auf einer Verkehrsinsel"**

---

Rats Herr Franke stellt anhand einer Präsentation den Siegerentwurf eines Malwettbewerbs der Stadtteilkonferenz Vogelberg für ein Stadtteillogo „Vogelberg“ vor. Manfred und Sofie Kohl hätten diesen Malwettbewerb durchgeführt. Er führt aus, dass insgesamt 213 Kinder an dem Wettbewerb teilgenommen hätten. Eine Jury aus Mitgliedern der Stadtteilkonferenz Vogelberg habe daraus den Siegerentwurf ausgewählt. Lediglich ergänzt um den farbigen Hintergrund und den Schriftzug Lüdenscheid-Vogelberg solle daraus nun ein etwa 45 cm x 60

cm großes Schild für den Eingangsbereich in den Stadtteil werden. Seitens der Verwaltung sei ihm bereits signalisiert worden, dass eine Aufstellung auf der Innenfläche des Kreisverkehrs vor der Erwin-Welke-Schule unter Einhaltung bestimmter Auflagen denkbar sei. Rats Herr Franke fragt an, ob auch seitens der Ausschussmitglieder eine Aufstellung des Schildes mitgetragen werde.

Vorsitzender Holzrichter regt an, die Aufstellung des Kunstwerkes eines Kindes hier zu unterstützen. Die Ausschussmitglieder stimmen dem einstimmig zu.

---

### **7.3.2. Schriftliche Anfrage des Herrn Petereit zu Übergriffen auf Einsatzkräfte vom 16.09.2018**

---

Vorsitzender Holzrichter trägt die schriftlich eingereichten Fragen vor. Herr Bärwolf ergänzt jeweils die Antworten der Verwaltung.

Vorsitzender Holzrichter bittet darum, die schriftliche Anfrage und die entsprechende Beantwortung als **Anlage** zur Niederschrift zu nehmen. Darüber hinaus bittet er, Herrn Petereit eine Ausfertigung zukommen zu lassen. Eventuell noch auftretende Fragen könnten dann direkt mit der Verwaltung geklärt werden.

---

### **7.3.3. Schriftliche Anfrage des Ratsherrn Franke zu Sicherungsmaßnahmen am Kluser Platz vom 16.09.2018**

---

In Beantwortung der in der **Anlage** befindlichen schriftlichen Anfrage des Ratsherrn Franke führt Herr Badziura aus, dass die betroffene Fläche zum angrenzenden Spielplatz gehöre. Ein Befahren des Weges mit entsprechenden Pflege-, Reinigungs- und Räumfahrzeugen müsse hier sichergestellt bleiben. Es dürfte hier lediglich eine herausnehmbare Absperrung eingesetzt werden, um das Befahren des Weges weiterhin gewährleisten zu können. Die Aufstellung einer Absperrung sei aus Sicht der Verwaltung nicht zu empfehlen, da hierdurch die Unfallgefahr für die Kinder immens erhöht werde.

Ratsherr Franke bedankt sich für die Antwort.

---

### **7.3.4. Anfrage der Ratsfrau Hertes zum Thema "Tempo-30-Zone in der Straße Asenberg"**

---

Ratsfrau Hertes führt aus, dass ein Anwohner sie darauf hingewiesen habe, dass vor der Sanierung der Straße „Asenberg“ im vorderen Teil der Straße Hinweisschilder auf eine Tempo-30-Begrenzung gestanden hätten. Im Rahmen der Sanierung seien diese Schilder demontiert und bis heute nicht wieder aufgestellt worden. Der Anwohner beobachte auf dieser sanierten Straße häufig zu schnell fahrende Fahrzeuge, die keinesfalls die Geschwindigkeitsreduzierung auf 30 km/h einhielten. Sie fragt an, ob und wann die Hinweisschilder wieder installiert würden oder ob hier ggf. künftig mithilfe von Piktogrammen die Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h angezeigt werde.

Die Verwaltung sagt eine Beantwortung zu.

### **7.3.5. Anfrage des Rats Herrn Ferber zum Thema "Aufenthaltsqualität auf den Innenstadtplätzen, insbesondere auf dem Rathausplatz"**

---

Rats Herr Ferber bittet die Verwaltung um Beantwortung folgender Fragen zur Aufenthaltsqualität auf den Innenstadtplätzen, insbesondere auf dem Rathausplatz:

1. Gibt es Überlegungen, die Aufenthaltsqualität insbesondere für Familien auf dem Rathausplatz zu verbessern? Wenn ja: Welche?
2. Wie groß ist die Fläche, die auf dem Rathausplatz für fest verbaute Spielgeräte und Sitzflächen bereitgestellt werden kann, ohne dass Rettungswege und Markflächen tangiert werden?
3. Mit welchen Kosten ist zu rechnen, wenn diese verfügbaren Flächen genutzt würden?
4. Existieren Planungen zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität entsprechend für die übrigen Innenstadtplätze?

Die Verwaltung sagt eine Prüfung und Beantwortung zu.

gez. Jens Holzrichter

Vorsitzender

gez. Stoltefaut-Voß

Schriftführerin